

Die Reorganisation der Parteileitung.

Fragen der Parteiverfassung und der inneren Organisationsform sind keine Fragen, von deren Lösung das Schicksal einer Bewegung direkt abhängt. Nicht diese, sondern der Geist, der in der Partei lebt, bestimmt ihre Zukunft, nicht die äußere Form, sondern das Prinzip, das innere Wesen, sichert ihren Sieg.

Daher entspricht die Parteiverfassung dem Wesen einer Partei. Bürgerliche Parteien dienen dazu, die Herrschaft des Kapitals, des Geldes, zu sichern und dafür durch Vertuschung der Wirklichkeit Wähler zu gewinnen — dementsprechend dient ihre Organisation auch dazu, in Wirklichkeit die Partei in den Dienst des Kapitals zu stellen, aber diese Tatsache durch Scheinformen zu maskieren.

Wie aber kann diese Herrschaft der Massen über die Parteiaktion verwirklicht werden? Die „Masse“ ist nicht einfach so bekämmen, daß sie nur zu befragen ist. Kleine Gruppen und Einzelpersonen, die „Führer“, müssen meist selbstständig in ihrem Namen handeln. Sie sind keine Personen, die mechanisch ausführen, was von oben — oder hier von „unten“ — befohlen wird; sie dürfen auch nicht einmal ängstlich fragen: was würde die Masse in diesem Falle wünschen? Sondern sie müssen nach eigener Ueberzeugung handeln, weil nur dadurch Kraft und Energie im Handeln möglich sind.

Diese Aufgabe ist erst durch die moderne Entwicklung, die die Führerschaft der Arbeiterbewegung immer mehr bürokratisiert hat, zu einem schwierigen Problem geworden. Je gewaltiger die Organisationskörper wuchsen, um so weiter entfernte sich die Spitze von der Grundlage; je mehr die Arbeiten vielgestaltiger und damit verschiedener wurden

und ein Einarbeiten in Spezialgebiete erforderten, um so schwieriger wurde es für die Vorstände, mit den Massen in stetiger Fühlung zu bleiben. Statt wie vorher als vereinzelt Personen ihre Anschauungswelt aus den Massen zu schöpfen, deren Kampf sie vertraten, sind sie als Beamte zu mehr oder weniger geschlossenen Gruppen geworden, deren besondere leitende Stellung notwendig ihre Lebensanschauungen beeinflusst. Hier kann oft das Problem entstehen, den Willen der Massen auch gegen die Leitung durchzusetzen. Die Lösung dieser Probleme, die als Ziel und Triebkraft hinter den modernen Verfassungsfragen in der Arbeiterbewegung steht, ist für ihre Zukunft von der größten Wichtigkeit. Denn nur, wenn der Wille der Massen die Aktionen der Partei bestimmt, ist darauf zu rechnen, daß alle Anordnungen der Vorstände in jedem Augenblick mit Begeisterung und Hingabe befolgt werden. Dann erst kann das gegenseitige Vertrauen herrschen, das für die Schlagfertigkeit der Partei absolut notwendig ist, das aber nur aus praktischer Erfahrung erwachsen kann.

Es ist aber klar, daß diese Aufgabe nicht lückenlos durch eine Aenderung des Statuts zu lösen ist. Der unmittelbare Anlaß zu der vorliegenden Revision war bekanntlich das „Verlagen“ des Parteivorstands, seine „mangelnde Schlagfertigkeit“ in der Marokkoaffäre, die mit Ueberlastung durch Arbeiten entschuldigt wurde. Aber die Frage, ob die Kriegsgefahr durch die Pantherfahrt nach Agadir oder durch die Rede des englischen Ministers brennend geworden war, war eine Frage der politischen Ansicht und Einsicht, nicht eine der Kompetenz, der Organisation, oder der freien Zeit zum Zeitungslesen. Für solche Fälle kann nur das theoretisch-politische Studium mit anschließender Diskussion, nicht aber eine neue Instanz, wie ein Parteiaussschuß, helfen. Sollte dieser Fall Anlaß zu einer Statutenänderung geben, so könnte es nur eine Aenderung sein, die die wichtigsten politischen Entscheidungen in die Hände von Personen legt, die die Fähigkeit und die Zeit haben, den allgemeinen großen politischen Fragen ihre ganze Aufmerksamkeit zuzuwenden, und auch den theoretischen Fortschritt der Bewegung regelmäßig zu verfolgen. Das würde also auf eine Trennung hinauskommen zwischen dem eigentlichen Parteivorstand, aus einer sehr kleinen Zahl der besten politischen Köpfe der Partei bestehend, die alle wichtigen Entscheidungen treffen und dafür verantwortlich sind, und den besoldeten Sekretären, die die steigende Masse der vielen wichtigen Organisations- und Verwaltungsarbeiten, vielleicht in Ressorts getrennt, bewältigen.

Der Vorschlag eines Parteiaussschusses hat daher mit diesem Streitfall über die Marokkoaktion eigentlich nichts zu tun, sondern findet nur in der allgemeinen Entwicklung der Verhältnisse eine Begründung. Als wir vor gut einem Jahr in einem Artikel: Das Vertretungssystem in der Arbeiterbewegung auf die Bedeutung solcher Vertretungsvorrichtungen, wie sie in den Gewerkschaften auftauchten, für die Partei hinwiesen, — eine Idee, die nachher von Kautsky in der Neuen Zeit wieder aufgenommen wurde — da wurde das mit der neuen Kampfmethode der Massenaktionen begründet; für die bisherigen Aufgaben der Partei reiche der Apparat von Parteivorstand, Fraktion und Parteitag vollkommen aus. Der Versuch der Statutenkommission, einer solchen Körperschaft unter dem Namen „Parteiaussschuß“ einen Anteil an der Erledigung dieser Aufgaben der Partei zu geben, hat auch mit Recht von allen Seiten die lebhaftesten Bedenken geweckt. Er kann nur zu Kompetenzstreitigkeiten, Kompetenzabwälzungen und Verzögerung der Aktion führen.

Die Notwendigkeit eines „Parteiaussschusses“ liegt in der wachsenden Bedeutung der Massenaktionen. Um Massenaktionen durchführen zu können, muß die beschließende Leitung aufs genaueste über die Stimmung der Massen unterrichtet sein. Aber noch mehr ist es nötig, daß sie in bewegten Zeiten unter dem Einfluß der Kampfstimmung der Massen kommt. Handelt es sich um folgenschwere Aktionen, die scharfe Abwehrmaßnahmen seitens der bestehenden Klasse und daher große Gefahren mit sich bringen, so wird ein Parteivorstand nur allzu oft vor der Verantwortung zurückschreden. Er

fühlt sich nicht wie ein Generalstab, der einfach seine Truppen daran setzt. Solche Aktionen kommen nur zustande, wenn die Massen ihre Führer vorwärts drängen. Diefem Drängen eine organisatorische Bahn zu öffnen, damit Masse und Leitung stets in engster Fühlung bleiben, dazu soll ein Parteiaussschuß dienen; allerdings wird es nicht leicht sein, ihn so zusammenzusetzen, daß dieses Ziel stets gesichert ist. Aber damit ergibt sich zugleich, daß er keine beschließende Instanz sein kann, die dem Parteivorstand und der Kontrollkommission einen Teil ihrer Verantwortung abnehmen soll, sondern nur eine informierende und beratende Konferenz, die zu festen und zu unregelmäßigen Zeiten mit der Parteileitung zusammentritt.

Also keine Zersplitterung der Leitung über eine Menge von Instanzen und Personen, die ihre „Schlagfertigkeit“ nur schädigen kann, sondern Sicherung dieser Schlagfertigkeit, zusammen mit weitblickender politischer Führertätigkeit durch Trennung des bürokratischen Elements — das daneben keine unentbehrliche Funktion ausfüllt — von der eigentlichen politischen Leitung, und stete Fühlung dieser Leitung mit den Massen durch beratende Körperschaften, die nach Art des Parteiaussschusses aus allen Landesteilen zusammenkommen — in dieser Richtung würde die Lösung der in Jena gestellten Aufgabe liegen. Aber immer muß daneben betont werden, daß es mehr noch als auf das Organisationsstatut auf den Geist der Massen ankommt. Nur wenn sie sich aktiv in dem Parteileben geltend machen, ohne sich dabei durch Schlagworte, durch Traditionen oder durch Autoritäten beeinflussen zu lassen, kann verwirklicht werden, daß der Wille der Masse die Praxis der Partei bestimmt.

Aus der Partei.

Die Anerkennung der tschechischen Sozialdemokratie. Bekanntlich ist aus den wegen ihrer Treue zur Internationale von der „tschechoslawischen“ Separatistenpartei ausgeschlossenen die tschechische Sozialdemokratie entstanden, die von den Parteitag der deutschen, polnischen, tschechoslawischen und ukrainischen (russischen) Sozialdemokratie in Oesterreich anerkannt wurde. Nun ist diese Anerkennung auch durch die Aufnahme der neuen Partei in die alten Nationen zusammengefaßte Gesamtsitzung der Sozialdemokratie Oesterreichs zur Tat geworden. Da die Eingliederung der tschechischen Sozialdemokratie auf der Tagesordnung der Sitzung der Gesamtsitzung stand, lehnte die tschechoslawische Sozialdemokratie die Beteiligung an der Sitzung ab, die sich im übrigen mit der Vorbereitung des 1013 in Wien stattfindenden Internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongresses beschäftigte.

Eingelaufene Schriften.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 30. Heft des 30. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Reorganisation des Parteivorstandes. Von G. Lebebour. — Der improvisierte Bruch. Von A. Kautsky. I. — Jean Jacques Rousseau. (Zur zweihundertjährigen Gedächtnisfeier seiner Geburt am 28. Juni 1712.) Von Henriette Roland-Holst. II. (Schluß). — Der Weg des Elektrotrast. Von Kurt Heinig. — Vierarische Rundschau: Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Schweiz. Von Johannes Heiden. — Zeitschriften-schau.

Feuilleton Nr. 52: Stilentwicklung und Klassenscheidung Von W. Zimmer. — Tolstois Briefe. Von Diejenbach. — Völkerschau: Arzur Vöhtling, Bismard und das päpstliche Rom. Erich Brandenburg. Briefe und Aktenstücke zur Geschichte der Gründung des Deutschen Reiches. Franz Starosson und Robert Hospital, Zuteufusen. — Lose Blätter: Zur Tierpsychologie. Von Ernst Meyer.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennige.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung. Vom Wahren Jakob ist soeben die 14. Nummer des 20. Jahrgangs erschienen. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pfa. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. S. W. Dieb Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Beginn: Montag, 1. Juli

Unser grosser

Beginn: Montag, 1. Juli

Saison-Ausverkauf

beginnt am Montag, den 1. Juli

Derselbe bietet die

bekanntesten enormen Preisvorteile!

Steigerwald & Kaiser